Man muss wissen, was man will

HEIDE SCHMIDT

Heide Schmidt
ist Juristin und ehemalige Politikerin (zunächst FPÖ, ab 1993 LIF bzw NEOS)

Anfang Mai dieses Jahres wurde Viktor Orbán nach einem neuerlichen klaren Sieg nach den Parlamentswahlen in Ungarn als Ministerpräsident vereidigt. Seine darauf folgende Rede enthielt folgende Kernbotschaft: „Die Epoche der liberalen Demokratie ist zu Ende." Sie habe sich als ungeeignet erwiesen, die Würde des Menschen zu verteidigen sowie Freiheit und physische Sicherheit zu gewährleisten. Seine und die Antwort der Ungarn darauf sei, „anstelle der schiffbrüchigen liberalen Demokratie die christliche Demokratie des 21. Jahrhunderts aufgebaut" zu haben. „Wir sind Christdemokraten und wir wollen eine christliche Demokratie."

Wäre der Vergleich mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 nicht so absurd, könnte man fast an die dort verwendeten Worte denken: „We, the People of the United States", und zwar deshalb, weil damit ausdrücklich *nicht* Frauen, Schwarze und Indianer gemeint waren. Rund 240 Jahre Zivilisation später schließt auch Orbán mit seiner Definition eine große Menschengruppe aus dem demos, dem (Staats-)Volk, aus: alle Nicht-ChristInnen.

So deutlich hatte das in den letzten 80 Jahren noch kein Politiker auf europäischem Boden gesagt. Aber auch wie weit sonstige demokratische Grundstandards in Ungarn inzwischen keine Geltung mehr haben wie Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit, ist seit längerem offenkundig. Dieser Viktor Orbán hatte das Privileg, der erste offizielle Staatsgast der neuen Regierung in Österreich zu sein (wenn man von einem Gast beim Neujahrskonzert absieht). Was sagt das über den Wert der Demokratie und seine Verteidigung aus? In Österreich und erst recht in unserem europäischen Nachbarland Ungarn? Ist die Tatsache, dass man derartiges ohne öffentlichen Aufschrei, ohne heftige politische Reaktion aussprechen darf, nicht schon ein Indiz dafür, dass die liberale Demokratie tatsächlich – wenn auch aus anderen Gründen – dem Ende zugeht? Ich verweigere mich einer solchen Denkweise, kann aber die Augen nicht davor verschließen, dass ich die Demokratie in der Krise sehe.

Dass die liberale Demokratie die tauglichste Regierungsform ist, mit der die höchstmögliche Lebensqualität für die größtmögliche Gruppe von Menschen erreicht werden kann, scheint mir durch ihre Geschichte erwiesen. Man muss sich nur bewusst sein, was daher zu den „Kennziffern" einer Demokratie gehört. Und man muss wissen, dass Demokratie nie „fertig" ist, sondern sich in einem Prozess befindet. Demokratie ist von Menschen für Menschen entwickelt, daher muss auch der Prozess von Menschen vorangetrieben werden. Entscheidend ist allerdings die Richtung des Prozesses, und daher muss vorher die Frage beantwortet werden: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Jeder weiß um die wesentlichen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, aber den Beginn der Transformation vom einen zum anderen zu erkennen, ist schon nicht mehr so leicht. Wir haben inzwischen zu oft erfahren, dass die Demokratie nicht durch einen Putsch, sondern durch demokratische Wahlen abgeschafft wurde. Die vor solchen Wahlen vorhandenen Anzeichen wurden einfach nicht wahr- oder nicht ernstgenommen. Aber das ist nur ein möglicher Entwicklungsstrang, der mir zwar durchaus für Europa, nicht aber für Österreich Sorge bereitet.

Autoritative Verhältnisse hingegen sind auch hierzulande nicht auszuschließen. In solchen Systemen wird der Mensch von der Staatsmacht so lange in Ruhe gelassen, so

lange er ihr nicht in die Quere kommt und seine Lebensführung nach ihren Regeln ausrichtet. Beteiligung an den Entscheidungen werden minimiert, oft über den Umweg eines plebiszitären Systems, in dem Sachfragen in Gefühlslagen umgewandelt und damit leicht instrumentalisiert werden können, Justiz und Polizei haben eine herausragend starke Machtstellung, die Unabhängigkeit der Medien wird strategisch ausgehöhlt, Interessengruppen die Wirkungsmacht beschnitten. Die so erzeugte Stimmung bringt Opportunismus und vorauseilenden Gehorsam bei den BürgerInnen hervor, der Kreis schließt sich. Nur die Profiteure selbst wollen in einer solchen Gesellschaft leben, für die anderen aber wird es immer schwieriger, dagegen anzukämpfen.

In welcher Gesellschaft also wollen wir leben? Doch hoffentlich in einer, in der wir uns auf die Rechtstaatlichkeit verlassen können, auf die Meinungsfreiheit, auf den sozialen Zusammenhalt, auf die Solidarität der Gesellschaft, auf Toleranz und Respekt anders denkenden und lebenden Menschen gegenüber, auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann, auf ein allen zugängliches, erfolgversprechendes Bildungs- und Gesundheitssystem, auf eine taugliche Infrastruktur, auf ein pluralistisches Kulturangebot. Das und vieles mehr, und das alles von der öffentlichen Hand über unsere solidarische Steuerleistung finanziert. Das sind die Kennziffern der Demokratie, und das Kernstück, von dem die Umsetzung ausgeht, ist das Parlament, Ort der vom Volk gewählten freien Abgeordneten.

Die Liste mag wie ein Brief ans Christkind klingen – und dennoch wurde seit Bestehen der Zweiten Republik an der Erreichung all dieser Ziele ernsthaft gearbeitet. Wieso aber dann die offenkundige Demokratiemüdigkeit (nur noch 70 Prozent der Bevölkerung hielten sie bei der letzten Befragung für die beste Regierungsform), die PolitikerInnenverdrossenheit, das Erstarken einer neuen Rechten?

Wie immer wird es wohl viele Gründe dafür geben. Das Nichterreichen der Ziele ist einer davon, wobei ich das soziale Feld für das am stärksten betroffene und wichtigste halte. Die Glaubwürdigkeit der EntscheidungsträgerInnen hat gelitten und kann offenbar nur noch mit massivem PR-Einsatz wieder hergestellt werden. Vor allem aber hat sich der Gestaltungsspielraum der Politik durch die Globalisierung und die dadurch anwachsende Wirtschaftsmacht gravierend verändert. Der Sozialwissenschafter Colin Crouch spricht aus diesem Grund vom Zeitalter der „Postdemokratie", weil er meint, dass demokratische Staaten zu Selbstbedienungsläden der Wirtschafts- und Finanzeliten geworden seien. Ich halte das zwar für überspitzt, gebe aber zu, dass auch ich in dieser Machtverschiebung eine der Ursachen für die krisenhafte Situation der Demokratie sehe. Ich empfand es daher auch als alarmierend, als Angela Merkel 2011 von der Notwendigkeit einer marktkonformen Demokratie sprach und die Bertelsmann-Stiftung bei der Analyse der vorletzten deutschen Bundestagswahl zur Einschätzung kam, dass sich Deutschland zur Demokratie der Besserverdienenden entwickle.

Und dennoch: Es gibt auch Grund zum Optimismus. Das Erstarken der Zivilgesellschaft und die Selbstorganisation der unzähligen kleinen Biotope zeigen, dass es eben *keine* Politikverdrossenheit gibt. Die außergewöhnliche Hilfestellung so vieler Menschen Geflüchteten gegenüber zeigt, dass es neben dem evidenten Solidaritätsverlust eben auch einen Zuwachs an aktiver Solidarität gibt. Und die Unzahl der erscheinenden Bücher und öffentlichen Diskussionen über die „Rettung" der Demokratie zeigen, dass es viele gibt, die ehrliches Interesse an ihrem Bestand und ihrer Weiterentwicklung haben. Dazu brauchen wir weder ein Mehrheitswahlrecht noch den rabiaten Ausbau der direkten Demokratie; aber das ist ein eigenes Thema. Es wird vielmehr auf den Umgang mit der sozialen Frage ankommen und die Bereitschaft, eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur anzugehen. Und die Politik muss den Mut haben, sich Gestaltungsspielraum zurückzuholen.

Die liberale Demokratie *ist* zukunftsfähig. Wenn wir das Gemeinwohl wieder zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses machen und bereit sind, aus der Vergangenheit zu lernen, werden wir es beweisen. Denn wir brauchen sie. ■

■ Wir haben inzwischen zu oft erfahren, dass die Demokratie nicht durch einen Putsch, sondern durch demokratische Wahlen abgeschafft wurde.